

Schaffen oder aussitzen?

hlz12/2021, S.81f.

Zugegeben: das Foto von Angela Merkel in der Fischerhütte (s.S.81) ist atmosphäreinstimmig: ruhige Aufmerksamkeit, (fast) ohne Inszenierung. Ich hätte der Frau, um die es hier geht, zu diesem Zeitpunkt, 15 Jahre vor ihrem Antritt als Kanzlerin, gewünscht, dass sie sich lieber weiter für Meeresfisch-Arbeit interessiert, als sich ins Politik-Business einzulassen. Denn ich gerate nicht wie der Redaktionsleiter ins Schwärmen, wenn es um die Arbeit und die Arbeitserfolge der Kanzlerin Angela Merkel geht. Nach ihrer zugegeben überraschenden Beschwörungsformel im Sommer 2015 (Wir schaffen das!) haben viele Mitglieder des großen „Wir“ „geschäft“ – im süddeutschen Sinn des Wortes: gearbeitet, aber wir haben „es“ nicht geschafft, nämlich eine Flüchtlingspolitik, die auch die im Blick hat, die noch nicht in Sicherheit sind, die noch in Lagern in Nordafrika gequält werden, die auf vollkommen untauglichen Booten versuchen, das Meer Richtung Mitteleuropa zu überqueren, die auf griechischen Inseln, in türkischen

Lagern vegetieren. Die meinte die damalige Kanzlerin mit ihrer Beschwörungsformel nicht. Um all diese Menschen aus Deutschland fernzuhalten, um unsicher werdende Wähler_innen so wieder an die eigene Partei zu binden, um weiter Geschäfte mit den Regierungen machen zu können, obwohl deren Menschenrechtsverletzungen bekannt, sogar benannt waren, wurde dann . . . ausgesessen. Wenn die Beschwörungsformel hieß: Wir schaffen das! hieß es danach: Ich sitze das aus! Diese Haltung eignete sich natürlich nicht als Beschwörungsformel, sie ließ sich nur rückschließen aus dem, was eben nicht getan wurde.

Einen Systemwechsel von ihr zu erwarten wäre unsinnig gewesen, aber innerhalb unseres Systems wäre genügend Spielraum gewesen, um mehr grundgesetzlich verbriefte Rechte einzulösen und die Merkmale des Sozialstaates im Leben der Benachteiligten durchzusetzen. Ich kann mir nicht helfen: Ins Schwärmen gerate ich nicht bei dem, was im Politikgeschäft geschieht, sondern angesichts der Aktivitäten der vielen kleinen und kleinsten Initiativen, die einfach . . . ja: (es)schaffen!

SUSANNE BERG

Verdrängung

hlz 12/2021, S. 30ff

Der Artikel von Joachim Geffers gehört nicht in eine Gewerkschaftszeitung. Bekanntlich nützen ÖPP-Projekte ausschließlich den Interessen privater Investoren und erhöhen deren Profite. ÖPP ist das Gegenteil von gemeinnütziger Daseinsvorsorge.

Er argumentiert mit den Zwängen der politischen Verhältnisse. Die Abschaffung der Schuldenbremse sei aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse nicht möglich. Daher müssten öffentliche Projekte nach dem Prinzip von ÖPP finanziert werden (Hamburger Modell), sonst würden notwendige Projekte (z.B. für den Klimaschutz) nicht durchführbar sein. Obwohl J.G. zugibt, dass alles teurer wird und die Demokratie dabei Schaden nimmt, plädiert er für diese Art der Finanzierung. Was er verdrängt, ist die Tatsache, dass die Profiteure von ÖPP, die als Investoren dicke Gewinne machen, durch die Schuldenbremse geschont werden, denn der Staat soll sich nicht das Geld von denen holen, die es haben, sondern sparen. Privatisierungen im öffentlichen Bereich der Daseinsvorsorge (z.B. im Gesundheitswesen) führen zu den sattem bekannten negativen Folgen, worunter in erster Linie die arbeitenden Menschen leiden. Durch die Finanzierung von öffentlichen Aufgaben mit ÖPP wird der Druck von denen genommen, die für Sparmaßnahmen und Privatisierungen eintreten. Auch weitere Niedergelagen in den Tarifrenten sind vorprogrammiert.

Mit einem gewerkschaftlichen Standpunkt hat das Plädoyer

Noch 2 Ausgaben von dieser hlz-Redaktion

Auf dem Gewerkschaftstag im April 2022 wird laut Satzung der GEW-Hamburg die Redaktionsleitung der hlz neu gewählt. Unser Redaktionsleiter Joachim wird nicht mehr zur Wiederwahl stehen. Die Redaktionsarbeit wird dann von einer neuen Redaktion verantwortet – wenn sich denn eine neue findet (vgl. auch hlz 1-2/2021, S. 81). Ihr habt also die einmalige Chance, euch auf einen der interessantesten Jobs in der GEW zu bewerben! Nähere Informationen unter: geffersjoachim@gmail.com oder: info@gew-hamburg.de

DIE REDAKTION

von J.G. nichts zu tun.

Statt die Alternativlosigkeit zu predigen, sollten besser Forderungen aufgestellt werden, die eine Finanzierung auch ohne ÖPP-Projekte möglich machen.

In einem Papier von Attac heißt es: „Genau diesem Kapital (die Investoren der ÖPP) müssen (aber) Macht und Ressourcen entzogen werden. Umverteilung von oben nach unten ist nötig, um vernachlässigte (und neue) Gemeinwohlaufgaben zu finanzieren und soziale Sicherheit zu schaffen“.

ROLF URBAN

mutig

Der Hamburger Erzbischof Stefan Heße hat den 125 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kirche Respekt bekundet, die sich in der Aktion »OutInChurch« zu ihrer sexuellen Orientierung bekennen. Eine Kirche, in der man sich wegen seiner sexuellen Orientierung verstecken müsse, könne nicht im Sinne Jesu sein, sagte Heße.

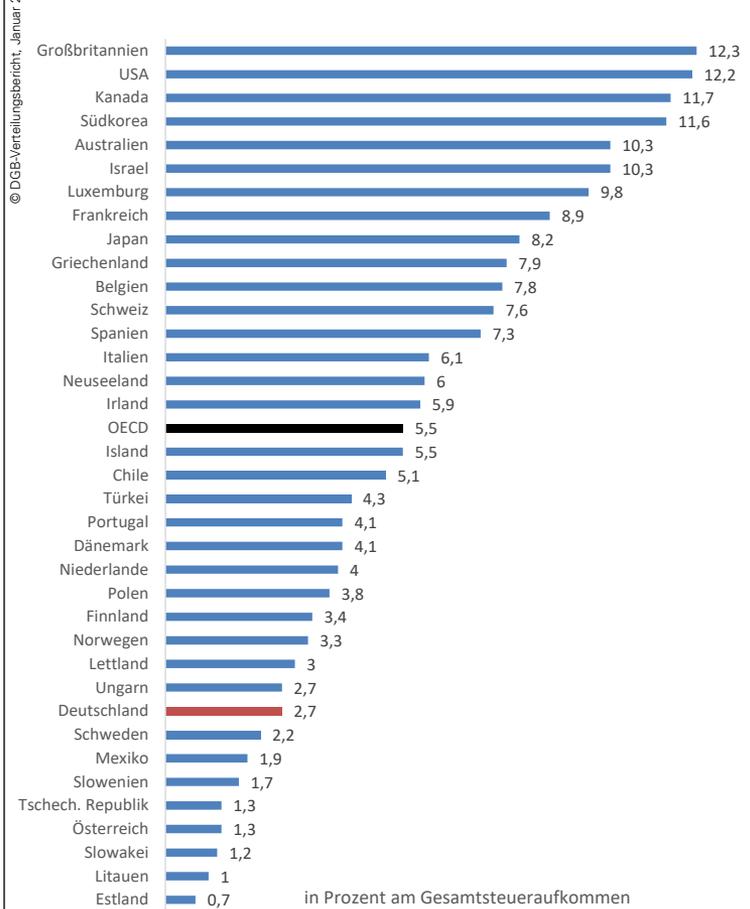
geizig

Der Preis für das Hamburger Schulessen steigt um 15 Prozent. Ein Anstieg von 3.50 € auf 4 €, da der Senat die allgemeine Subvention von 50 Cent auf alle Schulessen ersatzlos streicht. Die Schüler_innenkammer Hamburg fordert deshalb in einer Stellungnahme einen sozial gestaffelten Zuschuss für das Hamburger Schulessen. Aus der Erfahrung zeige sich, dass rund 30 Prozent der Schüler_innen auf die Sozialstaffel angewiesen sind und viele davon sich nach der Grundschule das Schulessen nicht mehr leisten können, heißt es in der Erklärung.

drängend

Mit einem Förderpaket im Umfang von 34 Millionen Euro will die Hamburger Schulbehörde gegen Lernrückstände und

Abb. 7.12: Steueraufkommen durch Vermögensbesteuerung in OECD-Staaten im Jahr 2018



Quelle: OECD, Revenue Statistics 2020.

Die reichsten 0,01 Prozent, das sind rund 80.000 Menschen, nennen 11 Prozent des Weltvermögens ihr Eigen. Den Rest teilen sich rund 8 Milliarden Menschen. Quelle: Lucas Chancel, Thomas Piketty, Emmanuel Saez, Gabriel Zucman: World Inequality Report 2022. Executive Summary. Auch die massiven Steigerungen der Vermögen im Rahmen der Coronakrise veranlasste die Neu-Koalitionäre nicht zum Umdenken

psychische Probleme bei Schüler_innen durch coronabedingte Schulschließungen vorgehen. Mit rund 26 Millionen Euro würden zusätzliche Förderkurse am Nachmittag und Lernangebote in den Ferien finanziert, sagte Schulsenator Ties Rabe gestern. Weitere acht Millionen Euro würden für zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler mit sozialen und psychischen

Problemen bereitgestellt. 32 Millionen stammten vom Bund, 2 Millionen lege Hamburg dazu.

notwendig?

Ein Signal gegen die Cancel Culture und die wachsende Intoleranz: Die Universität Hamburg hat einen Kodex erarbeitet, der gegen Beeinträchtigungen des Freiraums der Wissenschaft klare Grenzen ziehen soll.